

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Gegen Anmaßung und Heuchelei.

Gewerkschaftsantwort an Unternehmerverbände.

Die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber versuchen seit der Reichstagsauflösung dem deutschen Volk zu beweisen, daß die heutige wirtschaftliche Lage die Umkehr von der seit Jahren in Deutschland eingeschlagenen sozialen Richtung bedingt.

In einer gemeinsamen Kundgebung suchen der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine Preis- und Lohnpolitik zu rechtfertigen, die notwendigerweise die

schwersten Wirtschaftskämpfe nach sich ziehen

muß. Ausgehend von der Schwärzung der durch den Krieg und die Nachkriegszeit verursachten Notlage unseres Volkes wendet sich die Kundgebung gegen die bisherige Steuer-, Verkehrs- und Sozialpolitik des Reiches und gegen jede internationale Bindung auf dem Gebiete der Arbeitszeit. Man fordert durchgreifende Erleichterung der die Unternehmungen unmittelbar treffenden Steuern und Verkehrssteuern, die restlose Wiederherstellung der Vorkriegsarbeitszeit und Verhinderung jeder Lohnsteigerung. Die Erfüllung dieser Forderungen machen die Arbeitgeber zur Voraussetzung für ihre Mitwirkung beim Preisabbau.

Die Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer erheben gegen das Vorgehen der deutschen Arbeitgeber entschiedenen Protest. Industrie und Handel sind durch Wiederaufichtung unserer Zollhoheit im Westen von erheblichen ausländischen Konkurrenzschwierigkeiten befreit, die Belastungen durch die Ricum-Verträge sind in Fortfall gekommen und die Reparationsleistungen werden im laufenden Jahre durch die Mittel der Anleihe gedeckt.

Alles dies zeigt, daß die deutsche

Industrie jetzt unter erheblich günstigeren Verhältnissen arbeiten kann als vor Schaffung dieser Erleichterungen. Daß sie sich trotzdem zu dieser Kundgebung verstanden hat, beweist in welchem geringen Umfange bei ihr Verständnis für die gerechte Forderung der Arbeitnehmer auf gleichmäßige Verteilung der zu tragenden Kosten vorhanden ist.

Die Gewerkschaften stellen fest, daß alle bisherige steuerliche Erleichterung, auch die Anfang Oktober vorgenommene Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2 1/2 auf 2 Proz. und die Ermäßigung der Frachtsätze sich

bisher in keiner Weise preisentend ausgewirkt

haben. Die hierdurch gewonnenen Beträge sind allein den deutschen Unternehmern zugute gekommen.

Die deutschen Arbeitgeber haben sich während der Inflation, indem sie die Steuern in völlig entwertetem Gelde zahlten, der Steuerleistung entzogen. Den größten Teil der Steuern trugen die Arbeitnehmer infolge der einseitig belastenden Lohnsteuer.

Die Arbeitgeber verstanden auch bei der Sanierung der Währung sich schließlich schuldig zu halten, indem sie durch hohe Goldpreise den Konsum in der ungeheuerlichsten Weise belasteten, durch Massenentlassungen die Arbeiter und Angestellten der Arbeitslosigkeit überließen, die Arbeitszeit verlängerten und die Löhne herabsetzten.

Alle Kosten der Deflation wurden auf die Arbeitnehmer abgewälzt, ohne daß dadurch eine Senkung des Preisniveaus eintrat. Die Kaufkraft der Löhne und Gehälter hat sich beständig verringert.

Während sich für die deutschen Arbeitgeber die Lage durch die Festigung der Mark gelüftet und durch Steuererleichterungen gebessert hat, fordern sie jetzt neue Vergünstigungen und bedrohen im Gegen-

satz dazu die Arbeitnehmer mit weiterer Verschlechterung ihrer Lage durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch vermehrten Lohndruck.

Mit Nachdruck wenden sich die Gewerkschaften gegen die Behauptung der Industrie, daß eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit und ein Hinaustreiben der Löhne an der Verteuerung der Produktion schuld seien. Das Gegenteil davon ist erwiesen. Die Arbeitszeit ist seit Jahresfrist schematisch verlängert worden, ohne jedes wirkliche Bedürfnis der Wirtschaft. Die Löhne sind weit unter Friedensstand herabgesetzt, ohne daß eine merkliche Senkung des Preisniveaus eingetreten wäre.

Die Gewerkschaften verlangen eine Arbeitszeit, die ohne dauernden Nachteil der Gesundheit

geleistet werden kann und Raum läßt für die Mitarbeit aller Arbeitsfähigen, und einen Lohn, der den deutschen Arbeiter nicht tief unter den Stand aller Produktionsländer herabdrückt, sondern ausreichend ist für die Erneuerung der körperlichen, geistigen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen.

Insondondere ist die Aufrechterhaltung der Zwölfstundenschichten in der Schwerindustrie, in denen die Arbeiter unter hohen Temperaturen, Dünsten, Dampfen oder chemischen Einflüssen leiden, unverträglich mit den Vorbedingungen einer gesunden Wirtschaft, die nicht zuletzt auf einer gesunden und arbeitsfreudigen Arbeiterschaft beruhen.

Dieses System muß zu schweren Wirtschaftskrisen führen, da die Arbeiter dieser Betriebe sich nicht dauernd zu solcher mörderischen Arbeitsweise verflauen lassen.

Die sofortige Einführung des Dreizehnenbetriebes in diesen Industrien halten die Gewerkschaften auf das dringendste geboten. Im übrigen haben die deutschen Arbeiter ein

geheißenes Recht auf den Achtstundentag.

Auch das Washingtoner Abkommen hat der Arbeiterschaft dieses Recht zuerkannt. Die deutschen Gewerkschaften verlangen daher, daß die Reichsregierung ihre wiederholt angeständigte Absicht, dieses Abkommen zu ratifizieren, ausführt.

Die Gewerkschaften sind sich völlig einig, Deutschland wirtschaftlich stark zu machen und so bald als möglich von den ihm auferlegten Lasten zu befreien. Der Weg zu diesem Ziel ist aber ein anderer als der der Arbeitgeber, die im Vollgefühl ihrer wirtschaftlichen Macht die Arbeitnehmer durch ein Diktat zur alleinigen Tragung der Lasten zwingen will. Die Gewerkschaften müssen verlangen, daß

die Arbeitgeber ihren Teil der Lasten

auf die eigene Schulter nehmen, und daß das Höchstmaß an persönlicher Leistung, das von jedem erwartet werden muß durch eine nicht auf Raubbau eingestellte Arbeitszeit- und Lohnpolitik gesichert wird.

Die Arbeiter und Angestellten werden sich weder durch Versprechungen noch Drohungen in der Vertretung ihrer gewerkschaftlichen Grundzüge und Erwerbsansprüche beirren lassen. Sie wissen, daß starke Gewerkschaften den besten Schutzwall bilden gegen die wahrlich nicht auf papierernen Kundgebungen beschränkten arbeitserfindlichen Absichten des Unternehmertums.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

gestern noch die Ueberschrift verwendete: „Richterwünsche Gnade“.

Distrepanz! Distrepanz!

Gegen die Versackungspolitik.

Teter, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Der zweite Vorsitzende der Ausgewiesenen von Rhein und Ruhr, Johann Raß, schreibt unserem Trierer Partiorgan:

„Zur Zeit als es den Ausgewiesenen und Verdrängten von Rhein und Ruhr während ihres Aufenthaltes im Gastland finanziell am schlechtesten ging, wurde der Gedanke der Versackungspolitik in die Debatte geworfen. Im Auftrage des Reichsverbandes der Ausgewiesenen von Rhein und Ruhr hatte ich mit dem dritten Vorsitzenden des Reichsverbandes gerade in diesen Tagen eine Besprechung mit dem preussischen Ministerpräsidenten, Herrn Braun, in der der Ministerpräsident mit aller Deutlichkeit mehrmals die Unzerkennlichkeit der Rheinlande von Preußen betonte und den Ausgewiesenen für ihre Opfer zur Erhaltung der Rheinlande bei Preußen besonders den Dank der preussischen Regierung aussprach. Es ist nichts anderes, als eine absichtliche Täuschung der deutschen Wähler, das Gegenteil zu behaupten.“

Verhaftungen in Aegypten.

Kairo, 27. November. (Reuter.) Die britischen Militärbehörden verhafteten den früheren Unterstaatssekretär des Innern Abdel Rahman bei Fahmi, der im Jahre 1921 in Verbindung mit einer Verschwörungssache gefangen gesetzt worden war und später, als Jaganal Pascha zur Macht gelangte, wieder freigelassen worden war. Verhaftet wurde ferner Makran Ebed, ein herzogtümliches Mitglied der koptischen Bewegung, der Sozial Pascha kürzlich auf seiner Reise nach London begleitet hatte. Die Verhafteten wurden in ihren Betten überrascht. Wohin sie gebracht wurden, ist nicht bekannt.

Vergeßt Preußen nicht!

Von Konrad Haenisch.

Die alles andere überschattende Bedeutung der Reichstagswahlen, von deren Ausgang die Geschicke Deutschlands nicht nur für die nächsten vier Jahre, sondern vielleicht für Menschengalter abhängen und damit zugleich ein gutes Stück der Zukunft Europas, hat das Interesse für die gleichzeitig stattfindenden Wahlen zum preussischen Landtag naturgemäß stark in den Hintergrund gedrängt. Und doch hängt beides aufs engste zusammen. Wie einst die alten Konservativen auf dem Umwege über Preußen das Reich beherrschten, so wissen ihre Nachfahren von heute, die Deutschnationalen, sehr wohl, daß selbst ein durchschlagender Sieg im Reich für sie nur ein halber Sieg wäre, wenn es ihnen nicht gleichzeitig gelänge, auch in der preussischen Regierung maßgebenden Einfluß zu gewinnen. Weit wichtiger als das Reichsministerium des Innern, das heute schon in der Person des Herrn Jarres, ein Mann wenn nicht ihrer Partei, so doch ihres Geistes, inne hat, ist ihnen das preussische Ministerium des Innern. Durch dessen Befehl hoffen sie sich die Verfügung über den ganzen preussischen Verwaltungsapparat und über die preussische Polizei wieder in die Hände zu spielen — das heißt die entscheidende Gewalt über Preußen und das Reich. Und so ist es nur folgerichtig, wenn in den Wahlreden und Flugschriften der Rechten der Kampf gegen das verhasste „System Severing“ einen besonders breiten Raum einnimmt.

Damit ist aber auch für die entschieden republikanischen Parteien, insbesondere für die Sozialdemokratie, die Bedeutung des preussischen Wahlkampfes klar umrissen. Je wüthender die Rechte gegen die Position Severing anrennen, um so mehr müssen wir unsererseits das Letzte an Kraft aufbieten, um diese Position für die Republik zu erhalten.

Das System Severing! Was die Rechte einen schamlosen Mißbrauch des Innenministeriums für parteipolitische Zwecke zu nennen beliebt, ist in Wahrheit nichts anderes als der immer noch in seinen ersten Anfängen stehende Versuch Severings, den schamlosen Mißbrauch, den das alte Regime viele Jahrzehnte hindurch für die parteipolitischen Zwecke der Rechten mit der inneren Verwaltung Preußens getrieben hat, endlich wieder gutzumachen. Ist es denn wirklich schon vergessen, daß im alten Preußen schlechterdings alle leitenden Beamtenposten den Männern der Rechten vorbehalten waren? Einmal ist (sieht man von den verzeirlichen Experimenten im letzten Kriegsjahre ab, als alles schon verloren war) unter Wilhelm II. ein dem äußersten rechten Flügel der Nationalliberalen angehörender Herr, der schwerindustrielle lange Köhler, kurze Zeit Handelsminister gewesen, einmal hat es im alten Preußen einen nationalliberalen Oberpräsidenten gegeben — Bennigsen — und im letzten Kriegsjahre wurde auch einmal ein Nationalliberaler Regierungspräsident; das war der heutige volksparteiliche Landtagsabgeordnete v. Campe und seine Berufung an die Spitze des Regierungsbezirks Minden erregte als ganz ungewöhnliche Konzeption an die Linke“ damals allgemeines Aufsehen. Von diesen drei Ausnahmen abgesehen, die sich zudem über vier Jahrzehnte verteilten, war in der preussischen Verwaltung schlechterdings alles konservativ — vom Minister angefangen bis zum letzten Landrat. Ein Blick in die letzte Vorkriegsstatistik zeigt, daß von den zwölft preussischen Oberpräsidenten neun und von den sechsunddreißig Regierungspräsidenten sechsundzwanzig adlig, alle achtundvierzig Herren aber streng konservativ waren. Bei den Landräten war es nicht anders — es gab Regierungsbezirke, in denen diese Herren sämtlich nicht nur konservativ, sondern auch adlig waren. Ein fortschrittlicher oder sozialdemokratischer Landrat, Regierungspräsident, Oberpräsident oder gar Minister wäre im alten Preußen ganz undenkbar gewesen.

Hat nun Severing dieses System etwa umgekehrt, worüber sich die Herren von der Rechten doch am allerwenigsten beklagen dürften? Keineswegs! Von den preussischen Oberpräsidenten sind heute vier, von den Regierungspräsidenten sind sechs, von den Landräten achtundfünfzig Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, wozu in ganz Preußen noch elf sozialistische Polizeipräsidenten kommen. Das ist — etwa mit Bayern verglichen — gewiß ein sehr erfreulicher Anfang, den die Republik der Laikraft des Genossen Severing verdankt, aber es ist eben doch nur ein Anfang, wenn man sich vergegenwärtigt, daß z. B. von den siebenunddreißig vorhandenen Landratsämtern in Ostpreußen sich nicht weniger als zwanzig auch heute noch in den Händen ehemals „königlicher“ Beamten befinden, denen nur vier sozialdemokratische Landräte gegenüberstehen. Es gibt Regierungsbezirke, die auch heute noch keinen einzigen oder doch höchstens einen sozialdemokratischen Landrat aufweisen, und zwar nicht nur im Osten, sondern auch im industriereichen Westen und Südwesten Preußens. Ebenso könnten manche Oberpräsidenten und Bezirksregierungen genannt werden, unter deren sechs bis acht Duzend höheren Beamten sich auch heute noch kein einziger Sozialdemokrat und nur ganz vereinzelt einmal ein Demokrat oder Zentrumsmann befindet, während alles andere sich mehr oder weniger offen zur Rechten, oft zur äußersten Rechten, bekennt. Und in manchen Ministerien ist es nicht anders...

So sieht das von der Rechten so angefeindete System Severing in Wirklichkeit aus!

Aber selbst das Benige, was Karl Severing in der zähen und aufreibenden Arbeit von vier Jahren an Durchsetzung der

Distrepanz!

Begriffsverwirrung im Lager des Bürgerblod.

W.B. meldet aus Kassel:

Der Wottin des Generals von Nathusius ist vom Reichsminister Stresemann folgendes Schreiben zugewandert: Wie nunmehr feststeht, hat sich die französische Regierung entschlossen, dem General die Freiheit wiederzugeben und damit das ihm angetane Unrecht wieder gut zu machen. Wenn auch das Gerichtsverfahren auf die Ehre des Generals keinen Schatten geworfen hat, ist es doch eine Genugtuung für uns alle, daß so rasch eine förmliche Rehabilitierung gesichert werden konnte. Ich hoffe, daß die Erinnerung an die sorgenvollen Stunden, die Sie haben durchleben müssen, die Freude des denotfendenden Wiedersehens nicht beeinträchtigen wird.

Der Kuffhäuser-Bund nennt in einer Eingabe an die Reichsregierung die Begnadigung eine „weitere Infamie“. Der Außenminister Dr. Stresemann nennt sie eine „förmliche Rehabilitierung“. Damit solidarisiert sich der Außenminister des Deutschen Reiches mit einer Infamie. Dr. Stresemann ist also selbst — in den Augen der Kriegervereinsler — ein infamer Geselle!

Soweit haben wir es in Deutschland gebracht, dank der „waterländischen“ Heymethoden. Die Begriffsverwirrung ist im Lager der Rechtsparteien soweit fortgeschritten, daß die einen für infam halten, was die anderen begrüßen.

Diese „Distrepanz“ — um für das gute deutsche Wort Mißverhältnis das Lieblingsfremdwort des Herrn Stresemann zu gebrauchen — ist besonders stark im Lager der Deutschen Volkspartei. Ihr Führer und „bester Kopf“ erblickt in der Freilassung Nathusius — und mit Recht — eine „Wieder gutmachung des angetanen Unrechtes“ und eine „förmliche Rehabilitierung“, während ihr Zentralorgan, die „Zeit“,

Gewerkschaftsbewegung

Die soziale Belastung der Wirtschaft.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat Unfug kommen, in der Presse auf die Darstellung der sozialen Belastung der deutschen Wirtschaft, die in Nr. 24 des Reichsarbeitsblattes gegeben worden war, zu erwidern. Da das Jähresbild der Darstellung zu niedrig und unvollständig sein, weil die Angaben über die knappschaftliche Rentenversicherung, die Krankenfürsorge für Seelente und die vom Reich aus Mitteln der Steuerzahler gegebenen Zuschüsse für die Invalidenversicherung nicht mit angegeben seien. In der Darstellung war in einem besonderen Absatz ausdrücklich hervorgehoben, daß die knappschaftliche Rentenversicherung ausgeschlossen und Gegenstand einer besonderen Darstellung sein soll. Die Krankenfürsorge für die 20-30 000 deutschen Seelente kostet im Jahre noch nicht eine Million Mark, falls also für die soziale Gesamtlast nicht ins Gewicht. In Reichszuschuß für die Invalidenversicherung, der nicht von der Wirtschaft als solcher getragen wird, sondern aus allgemeinen Reichseinnahmen, war in der Darstellung erwähnt, kann aber, da er in der steuerlichen Belastung der Wirtschaft bereits enthalten ist, in der besonderen sozialpolitischen Belastung der Wirtschaft nicht noch einmal mitgezählt werden.

Wenn weiter herangezogen wird, daß früher von amtlicher Stelle die Soziallast mit 135 statt wie jetzt in der Darstellung mit 120 Milliarden Mark beziffert worden sei, so erklärt sich das daraus, daß die ältere Ziffer auf einer zu Anfang des Haushaltsjahres angestellten Schätzung beruht, während der jetzt im achten Monat des Haushaltsjahres verfaßten Darstellung bereits rechnermäßige Ergänzungen zugrunde liegen. Übrigens sind auch die in der Darstellung veröffentlichten Zahlen der Sozialversicherung nach den Grunddaten möglichst vorsichtig eher zu hoch als zu niedrig angelegt worden. So errechnen z. B. in der Unfallversicherung die gewerblichen Berufsgenossenschaften eine Gesamtrentenlast ohne Sonderzulagen von nur 61,2 Millionen Mark (gegen 107 Millionen Mark im Jahre 1913). Da die landwirtschaftliche Versicherung nur einen Bruchteil des Betrags der gewerblichen ausmacht, wird eine Last von 100 Millionen, wie sie die Darstellung für die Unfallversicherung vorsichtshalber einrechnet, tatsächlich gar nicht erreicht werden.

In der Erwerbslosenfürsorge kann man nicht — wie dies die Vereinigung der Arbeitgeberverbände tut — von dem Durchschnittsaufwand für den einzelnen Erwerbslosen in irgend einem Monat ausgehen und dann diesen Aufwand mit der Zahl der Erwerbslosen in irgendeinem anderen Monat multiplizieren. Dieses Verfahren ist schon deshalb abzuweisen, weil der Durchschnittsaufwand für den einzelnen Erwerbslosen sich von Monat zu Monat ändert, je nach der Zusammenlegung der Erwerbslosen aus jugendlichen Erwerbslosen, Heiligen, Verheirateten mit und ohne Angehörige usw. Man muß vielmehr von den tatsächlich aufgewendeten Gesamtsummen ausgehen. Im Reichsarbeitsblatt ist dabei der Aufwand im Monat September als Durchschnitt zugrunde gelegt, der mit 538 000 unterstützten Erwerbslosen besonders ungünstig war und wesentlich über den bisherigen Durchschnitt des Haushaltsjahres liegt. Die dem September vorangehenden Monate wiesen — hierin tritt die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände — wesentlich niedrigere Erwerbslosenzahlen auf, ebenso wie seit dem September die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ganz erheblich nämlich auf 435 000 gefallen ist. Die Rechnung im Reichsarbeitsblatt war also sehr vorfichtig und eher zu ungunsten, wenn sie für Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus der Erwerbslosenfürsorge eine Belastung von höchstens 220 Millionen Reichsmark erwarbt.

Die in der Darstellung für die Soziallast ohne knappschaftliche Versicherung gegebene Gesamtziffer von 1510 Millionen Reichsmark besteht also zu Recht. Die von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände genannten 2 Milliarden treffen nicht zu. Wenn die Vereinigung schließlich noch den Versuch macht, den Prozentsatz der sozialen Last zum Volkseinkommen vor und nach dem Kriege einander gegenüber zu stellen, so kann ihr auch hierin nicht gefolgt werden, weil erstens genaue Ziffern über das gegenwärtige Volkseinkommen nicht vorliegen, und weil es zweifelhaft ist, ob die sozialen Lasten mechanisch im Verhältnis des verringerten Volkseinkommens zu werten, so wenig wie dies bei Preisen, Löhnen und Unternehmensgewinnen profitlich möglich ist.

Arbeiterschutz in Preußen.

Die Arbeit des Preussischen Handelsministeriums geht in den letzten Jahren ganz besonders dem Ausbau der Gewerbeaufsicht. Die Sorge um die Gefunderhaltung auch der kommenden Arbeitergenerationen nötigte dazu, die Ausführung aller Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen und Jugendliche streng zu überwachen. Insbesondere wurde der Fürsorge für schwangere Arbeiterinnen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Eine aus den Kreisen der Gewerbeinspektoren stammende Frau wurde als Regierungsärztin in das Handelsministerium berufen; Anordnungen wurden getroffen zur genaueren Beachtung des Verbots der Nacht- und Sonntagsarbeit in Bäckereien und zur Durchführung des Hausarbeitsgesetzes. Die Arbeitsverhältnisse in Betrieben mit besonders gesundheitsgefährlichen Arbeiten wurden untersucht. Zwecks einheitlicher Handhabung der Ausnahmebestimmungen über den Achtundzweiundzwanzigstündigen Tag wurden sämtliche von den Regierungspräsidenten und den Gewerbeaufsichtsbeamten auf diesem Gebiete erteilten Ausnahmebewilligungen im Ministerium einer Nachprüfung unterzogen. Als ein besonderer Erfolg für die Gewerbeaufsicht kann die Berufung von Arbeitern und Angestellten zu Hilfsbeamten der Gewerbeaufsicht gebührend werden. Es hat sich bestätigt, daß ihre praktischen Erfahrungen aus dem Berufsleben die Arbeit der technisch vorgebildeten Beamten wirkungsvoll ergänzen.

Neben der auch für die Dampfesselbetriebe zuständigen staatlichen Gewerbeaufsicht sind in Preußen mit den besonderen sicherheitspolizeilich-technischen Überwachungen der Dampfessel die von Dampfesselbesitzern gebildeten Dampfesselüberwachungsvereine betraut. Den mehrfach gestellten Anträgen der bei Kessel-Explosionen in erster Linie gefährdeten Heizer, ihnen eine Mitwirkung bei der Dampfesselüberwachung zu gewähren, gab das Handelsministerium trotz heftigen Widerstandes der Dampfesselbesitzer in maßvollen Grenzen statt. Es werden nunmehr in Uebereinstimmung mit dem Landtage Arbeitsausschüsse für Dampfesselüberwachung zunächst bei den größeren Betrieben gebildet werden, in denen alle Beteiligten die für die Dampfesselüberwachung notwendigen Fragen gemeinsam beraten und fördern sollen. Außerdem werden bei den kleineren Betrieben eine wesentliche Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen herbeigeführt.

Eine besonders lehrreiche Tätigkeit im Interesse der Gefahren- und Unfallverhütung im Bergbau übte das beim Preussischen Handelsministerium im März 1922 gebildete Gruben Sicherheitsamt aus dem eine Grubensicherheitskommission als beratendes Organ zur Seite steht. Es hat das Errenastoffeisen und die Schleiarbeit neu geregelt für die Förderung und die Seilfahrt hat es wichtige Neuerungen angeordnet und zur Vermeidung der schrecklichen Schlagwetterexplosionen ist im westfälischen Steinkohlenbergbau die Einführung der elektrischen traubaren Grubenlampe in Angriff genommen worden. Ein Wettbewerb auf einen Schweißerganzmeister ist ausgeschrieben und zur Bekämpfung des Kohlenstaubes das Gesteinstaubverfahren eingeführt worden. Durch die Einführung von Grubenwehren und Grubenrettungsstellen wird das Rettungswesen ausgebaut und die Unfallverhütung soll durch spezielle Ausbildung der Bergarbeiter und durch die ständige Heranbildung der Betriebsvereine zur Unfallverhütung vervollkommen werden. Durch diese und zahlreiche andere noch beschlossene Maßnahmen hofft das Grubensicherheitsamt die furchtbaren Gefahren des Bergarbeiterberufes soweit als irgend möglich zu verringern.

Der Konflikt im Töpfergewerbe.

Eine Töpferversammlung, die gestern abend in den Residenzgefällen tagte, befahte sich erneut mit dem Vermittlungsangebot der Unternehmer des einen Lohn von 1,15 M. und eine Aufwandsberechnung von 105 Proz. vorlag; die Werkzeugenschädigung sollte mit 2 1/2 Proz. des Tariflohnes bemessen werden. Kenntnis vom Vorgehen teilte mit, daß der Schlichter die Verbindlichkeitsklärung in Aussicht nahm. Nach längerer Aussprache kam die Versammlung schließlich zu dem Ergebnis, an tariflich geregelten Löhnen festzuhalten; mit dem Angebot der Unternehmer konnten sich die Anwesenden nicht einverstanden erklären, vielmehr wurde die Lohnkommission beauftragt, neue Verhandlungen bei den Unternehmern nachzusuchen.

Lohnregelung in der Lederwarenindustrie.

Für die in der Lederwarenindustrie beschäftigten Arbeitnehmer ist ein neues Lohnabkommen geschlossen worden. Ein Schiedspruch, der den Stundenlohn in der Spitze von 65 Pf. auf 75 Pf. erhöhte, war von den Arbeitern angenommen worden, während ihn die Unternehmer ablehnten. In nachmaligen Verhandlungen stimmten schließlich die Arbeitgeber doch zu. Der Spruch gilt mit der Maßgabe, daß Arbeiter, die bereits über 75 Pf. Lohn haben, nur eine Erhöhung des Lohns und der Akkordlöhne von 5 Proz. erhalten. Das Abkommen gilt vom 14. November bis zum Ablauf der ersten

Woche im Januar 1925. Eine Versammlung der Branchenangehörigen nahm nach einem Bericht von Blume das Ergebnis an.

Sie schwindeln aus Prinzip.

Man schreibt uns: Dieser Lösung folgt die „Rote Fahne“ in dem Bericht ihrer Nr. 168 vom 26. November 1924 von der Branchenversammlung der Berliner Kanalarbeiter. Darin wird gefordert, daß in der Diskussion kein einziger Redner von der quibusdam Versammlung sich für die SPD. eingelassen hat. In Wirklichkeit haben eine ganze Reihe von SPD.-Genossen ihren Standpunkt unter kürzester Zustimmung der Versammlung dargelegt. Alle Bemerkungen haben dem Genossen Schulte vom ADGB, bei seinem Referat die Worte förmlich vom Munde abgelenkt.

Obwohl nur 15 Minuten Redezeit zum Schlusswort gegeben wurden, verlangte ein Kollege, der Kommunist ist, unter Zustimmung der Versammlung, daß Schulte darüber hinaus seine Ausführungen zu Ende bringen könne. Wenig von der SPD.-Zentrale hat die Versammlung dadurch interessiert, daß er darauf hinwies, daß die Kommunisten, ob 300 Mann oder nur 2 Mann als Abgeordnete der SPD. im Reichstag als Vertreter der Arbeiterinteressen vorhanden sind, niemals positive Arbeit leisten wollen und werden. Sie sind nur im Reichstag, um das Parlament zu zerstören. Die Wahl selbst sei nur Herrschaft der SPD.

Die städtischen Arbeiter werden bei dieser Herrschaft am 7. Dezember als Wähler der Sozialdemokratie zeigen, daß sie nichts mit Zerstörern gemein haben wollen.

Schiedspruch im oberbayerischen Bergbau.

München, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Die seit Wochen unter Mitwirkung des Ministeriums für soziale Rüstungen geführten Lohnverhandlungen im oberbayerischen Kohlenbergbau endeten am Mittwoch mit einem Schiedspruch des Landeslichter, in dem der Spitzenlohn für den Seilfahrlöhner von 3,75 M. auf 4,05 M. festgelegt worden ist. Das bedeutet eine Erhöhung des augenblicklichen Schichtlohnes um 8 Proz. Die Stellungnahme der Parteien zum Schiedspruch steht noch aus.

Aus Mussolinien.

Rom, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Tagung der faschistischen Gewerkschaften ging am Mittwoch zu Ende. Man verlangte eine „Synthetisierung“ des gesamten Rates im faschistischen Sinne, versteht darunter allerdings nur die Zusammenfassung der Räte der verschiedenen Wirtschaftsgruppen zu einem faschistischen Großrat.

Die den sozialistischen Gewerkschaften angehörigen Arbeiter Italiens erklärten einen achtstündigen Proteststreik gegen den Abschluß eines Übereinkommens der Arbeitgeber mit den faschistischen Gewerkschaften. Die Arbeiter der Fabrik Bologna in Mailand wurden ausgesperrt, weil 250 Mann am Montag wegen Nichtzahlung einer versprochenen Lohnhöhung passiven Widerstand geleistet hätten. Die Kinosarbeiter, die bisher nur den faschistischen Gewerkschaften angehörten, gründeten eine eigene neue Organisation unter Anschluß an die sozialistischen Gewerkschaften.

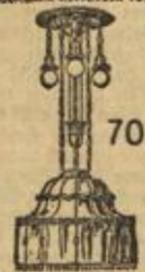
Jugendveranstaltungen.

Jugendsozialistengruppe Friedrichshagen Heute um 1/8 Uhr im Jugendheim Hülfstr. 41 V. Vortrag: „Der politische Wille der Jugend“.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Saterhaus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Neuigkeiten: Dr. John Schifowski; Volatile und Sonstiges: Fritz Ruchardt; Anzeigen: H. Alde; Anstalt in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin, Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

6208, 4234

PAUL SCHENCK
REICHENBERGER STR. 30
KÖLN



70.-

Komplett m. 10 cm Seidenschirm & elektrisch 70.- M.
10r Gas 15.-

9.50 8.-

Aus unserer Reklame-Kollektion
Größte Musterausstellung in Berlin.

Sensationell sind meine Konkurrenz billiger Preise

Trauringe trotz

Prämienverteilung bis Ende Dezember, bestehend aus:
Speise- u. Schlafzimmer, Küchen usw.

Die Gegenstände sind ansehnlich bei der Firma Pechner & Prodel, Neue Schönhauser Straße 2. Ferner 10 Barpreise à Mk 10.- kein Preisauschlag, Bedingungen unverändert im Laden
999 gest. Rn: 1 Gr. schwer M. 27.-
535 und 333er Ringe pro Stück von M. 4.- aufwärts

Berlin N., Artilleri-str. 30
Berlin W., Passauer Str. 12

H. Wiese, Juwelier

Auf Teilzahlung in bequemem Patent

kaufen Sie genau so billig wie im Laden die besten und gediezensten

Wintermäntel
Paletots / Ulster

alles in erstklassiger Schneiderarbeit, in der

Roupa Bekleidungsfabrik
Kurze Straße 7 - Aufgang IV

Geschäftszeit 9-7

Leiterwagen
u. alle ander. Transporteräte hier billigst

Großer Vorrat
Georg Wagner
Lopenicker Nr. 71
100 Ladungsmögl.
keine Schaufenster-Reklame, allwissentlich billigere Preise.

ca. 700 St. Ichwesten
Jacken, Rodelgarnt, Jump'r, Schals
Mützen etc. in neuest. Mustern und
richtiger Ausföhr. zum Einzelverkauf
stünd am Lage v. 8.50 bis 12.50 M.
Bleibes Kinderkleidung
zu Originalpreisen. Bitte kommen Sie
vertrauensvoll zu uns; Sie finden das
Richtige. Bruno Richter & Co.,
Fabriklager Thür. Wolfen, Berlin-
Pankow, Mühlenstr. 1. Ecke Breite Str.
Geschäftszeit 9-7

Strumpfwaren u. Trikotagen

la. Qualitätsware, große Auswahl
zu bill. ste. Preisen, kaufen Sie bei

Erich Schulz
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 220
a d Weichselstraße
Vorzelger dieses Inserats 2%, Rabatt.

Gelegenheit

Reste f. Wintermäntel u. Kostüme.
Sealpüsch, Samt, Krimmer.
Futterseliden u. Halbseide!
bedeutend unter Preis.

Haarpuder, Goltzstr. 2
(Grunewaldstraße)

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Auslage billig!
des. Vorwärts und trotzdem

VOLKSTÜMLICHE TAGE zum Ultimo

Aus unseren billigen Angeboten hier nur einige Beispiele. Unser Lager ist über 30 000 Paar

Damen-Halbschuhe Schnür und mod. Spangen . . . 3.90, 6.90, 7.90, 9.80	4⁹⁰	Kinderstiefel 3.50, 3.90, 4.90	2⁹⁵
Warme Hausschuhe 2.90, 3.90	1⁴⁵	Warme Kinderschuhe 1.75, 1.95, 2.95	95¹
Moderne Luxus-Sachen Schnür, Pumps, Sandalet od. mod. f od 2Kreuzspange 12.80, 16.80	9⁸⁰	Kinderstiefel echt braun Fahlleder und schwarz Spall 31 35 4.90, 27-30	3⁹⁰

Gross-De-Mail Schuh-Lokal Behrndt
Münzstr. 25
Frankfurter Allee 54
Kottbuser Damm 13

Echt Rind-6⁹⁰
boxgüt. Material
Kräftige Spaltleder
ohne Vorderkappe

5⁹⁰

Herrenstiefel 8⁹⁰
Rund, weiß gedoppelt, mit Zwischensohle,
mod. Form

Herrenstiefel 12⁸⁰
Kräftige Doppelsohlen für Nase und
Kälte, prima Fabrikat und Material

Kamelhaarschuhe in großer Auswahl billig!

Ph. Brand & Co. Weingroßhandlung Dönhoff 1200-1201
Berlin SW, 68, Lindenstr. 3 (V.)

empfehlen als besonders preiswerter Weinbrand Verschnitt zu M. 2,50 die Flasche, ohne Glas und ohne Steuer

Preisliste zu Diensten